

Niederschrift Nr. 24 über die öffentliche Sitzung des Rates am 21.09.2005

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II

Sitzungsdauer: 18:00 bis 20:30 Uhr

Den Vorsitz führte: MdR Dr. Heinrich Kleinschmidt

Den stv. Vorsitz führte: Beigeordnete Hillgriet Eilers

ANWESENDE:

Stimmberechtigte Mitglieder

Oberbürgermeister Alwin Brinkmann

SPD

Ratsherr Dr. Heinrich Kleinschmidt

Ratsfrau Berendine Bamminger

Beigeordneter Bernd Bornemann

Ratsherr Walter Davids

Ratsfrau Helga Grix

Beigeordneter Hans-Dieter Haase

Beigeordneter Horst Jahnke

Ratsherr Richard Janssen

Ratsherr Rico Mecklenburg

Ratsfrau Regina Meinen

Ratsfrau Elfriede Meyer

Bürgermeisterin Lina Meyer

Ratsfrau Marianne Pohlmann

Ratsherr Kai-Uwe Schulze

Ratsherr Ihno Slieter

Beigeordneter Johann Südhoff

Ratsherr Johann Wessels

Ratsherr Richard Woldmer

CDU

Beigeordneter Helmut Bongartz

Ratsherr Herbert Buisker

Ratsherr Ihno Groeneveld

Ratsherr Kurt Hannappel

Ratsherr Reinhard Hegewald

Beigeordneter Heinz-Werner Janßen

Ratsherr Hinrich Odinga

Bürgermeisterin Andrea Risius

Ratsherr Werner Vollprecht

FDP

Ratsherr Heino Ammersken

Beigeordneter Erich Bolinius

Ratsherr Rolf Bolinius

Beigeordnete Hillgriet Eilers

Ratsherr Meinhard Meißner

Ratsherr Franz Melles

Ratsherr Roland Riese

Ratsherr Gerhard Schaudinn

Niederschrift Nr. 24 über die öffentliche Sitzung des Rates am 21.09.2005

Bündnis 90/Die Grünen

Ratsherr Bernd Renken
Ratsherr Wulf-Dieter Stolz

von der Verwaltung

Erster Stadtrat Martin Lutz
Stadtbaurat Andreas Docter
Städtischer Direktor Heinz-Bernhard Schmidt
Protokollführerin Karin Jetses

1 Zuhörer
2 Vertreter der Presse

Punkt : 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Kleinschmidt eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 38 Ratsmitglieder anwesend.

Zunächst gedenkt der Rat eines Verstorbenen:

Am 20. Juli 2005 verstarb im Alter von 59 Jahren das Ratsmitglied Jürjen Heinks. Mit großem Engagement brachte das Ratsmitglied in fast 20 Jahren Ratsarbeit seinen Sachverstand in die Arbeit des früheren Feuerschutzausschusses und des heutigen Ausschusses für Sicherheit, Ordnung, und Bürgerservice ein. Seit 1991 war Jürjen Heinks außerdem Mitglied des Verwaltungsrates der Sparkasse Emden. Der Rat der Stadt Emden wird dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Nachträglich gratuliert **Herr Dr. Kleinschmidt** Herrn Johann Südhoff zu seinem 70. Geburtstag und Herrn Wulf-Dieter Stolz zu seinem 50. Geburtstag. Im Anschluss daran gratuliert **Herr Brinkmann** Herrn Dr. Kleinschmidt zu seiner goldenen Hochzeit.

Punkt : 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. Kleinschmidt teilt mit, dass TOP 15, Vorlage 14/1842-00 „Abschluss eines Verkehrsvertrages zwischen den Landkreisen Aurich, Friesland, Leer und Wittmund sowie den kreisfreien Städten Emden und Wilhelmshaven und dem Verkehrsverbund Ems-Jade“ in der VA-Sitzung am 12.09.2005 an den Fachausschuss verwiesen worden sei und damit von der heutigen TO zurückgezogen werde.

Herr Renken bittet um Zurückstellung der Vorlage 14/1849-00 (TOP 25) „Umbildung der 11er-Ausschüsse und des Verwaltungsausschusses aufgrund der Änderung der NGO v. 22.04.2005“. Aufgrund der beim OVG Lüneburg eingelegten Rechtsbeschwerde handele es sich hier um ein schwebendes Verfahren. Er bittet beim Vorliegen des Urteils um eine unverzügliche Umbildung der entsprechenden Ausschüsse.

Herr Haase erklärt, seines Wissens werde in den nächsten Wochen eine Verordnung zu dem bestehenden Gesetz erlassen, nach der in dieser Periode nichts zu veranlassen sei. **Herr Brinkmann** bestätigt dies.

Einwendungen gegen die geänderte Tagesordnung werden nicht erhoben.

Niederschrift Nr. 24 über die öffentliche Sitzung des Rates am 21.09.2005

Punkt : 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung des Rates am 09.06.2005

Frau L. Meyer und **Herr Haase** teilen mit, dass es sich um die Genehmigung der Niederschrift Nr. 23 handele. Dies sei in der Tagesordnung nicht korrekt aufgeführt.

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 23 über die öffentliche Sitzung des Rates am 09.06.2005 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Dafür: 037
Dagegen: 000
Enthalt.: 001

Punkt : 4 Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Es werden keine Anfragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

Punkt : 5 Vorlage 14/1857-00
Nachrücker einer Ersatzperson in den Rat der Stadt Emden und Verpflichtung

Herr Brinkmann übernimmt gem. § 42 NGO die Verpflichtung des Ratsmitglieds Johann Wessels.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 6 Vorlage 14/10-25
Umbesetzung von Ratsausschüssen

Beschluss:

Der Rat stellt nachfolgende Veränderung in der Besetzung der Ratsausschüsse fest:

1. Ausschuss für Finanzen und innere Organisation

Für Ratsherrn Jürjen Heinks

Ratsherr Johann Wessels

2. Ausschuss für Rechnungsprüfung und Betriebe

Für Ratsherrn Jürjen Heinks

Ratsherr Johann Wessels

3. Ausschuss für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

Für Ratsherrn Jürjen Heinks (Vorsitzender)

Ratsherr Johann Wessels

einstimmig

Punkt : 7 Vorlage 14/11-04
Bestimmung der Vorsitze für die Ausschüsse und Benennung ihrer Vorsitzenden

Beschluss:

Der Rat stellt nachfolgend aufgeführte Änderung bei der Besetzung der Ausschussvorsitze fest:

Ausschuss für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice:

Ratsfrau Marianne Pohlmann für Ratsherrn Jürjen Heinks;

als Stellvertreter wird Ratsherr Walter Davids benannt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 8 Vorlage 14/13-01
Besetzung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Emden

Beschluss:

Der Rat stellt folgende Umbesetzung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Emden fest:

Als Mitglied wird Ratsherr Rico Mecklenburg

an Stelle von Herrn Jürjen Heinks benannt.

Die Stellvertretung übernimmt Beigeordneter Hans-Dieter Haase.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 9 Vorlage 14/1856-00
Resolution zur gegenwärtigen Vergabep Praxis für Weiterbildungs- und Integrationsmaßnahmen durch die Bundesagentur für Arbeit

Herr Lutz erläutert die Auswirkungen auf die Volkshochschulen durch die gegenwärtige Vergabep Praxis für Weiterbildungs- und Integrationsmaßnahmen durch die Bundesagentur für Arbeit (BA). Er bittet um Unterstützung der Volkshochschule, um dieser auch zukünftig eine faire Chance bei den Ausschreibungen zu geben.

Niederschrift Nr. 24 über die öffentliche Sitzung des Rates am 21.09.2005

Herr Renken unterstützt im Namen seiner Fraktion die Intention, die mit dieser Resolution verbunden sei. Gleichwohl gebe er zu bedenken, dass es hier um ein generelles Problem gehe, welches die regionalen Bildungsträger und nicht nur die VHS in Emden betreffe. Seine Fraktion schlage daher vor, die Angelegenheit in der Allgemeinheit deutlich zu machen und nicht nur eine reine VHS-Resolution zu verabschieden. Der 2. Satz des ersten Absatzes und der 4. Absatz des Beschlussvorschlages sollten daher komplett herausgenommen werden.

Herr Bongartz meint, für den Einwand von Herrn Renken könne er Verständnis aufbringen, die Ziel- und Zweckrichtung des Handelns sei jedoch die Volkshochschule gewesen. Er erinnert an die momentane Gefährdung der Existenzen der Volkshochschulen. Es sei irrwitzig, wenn arbeitslose VHS-Mitarbeiter sich anschließend bei der BA für den Bezug von Leistungen melden müssten. Seines Erachtens sollten die regionalen Besonderheiten bei der Vergabe mit berücksichtigt werden müssten.

Herr Haase und **Herr Riese** schließen sich den Ausführungen von Herrn Bongartz an.

Herr Renken meint, in erster Linie gehe es um die Stärkung der regionalen Kompetenzen. Er spreche sich für einen regionalen Wettbewerb auf dem Bildungsmarkt aus. Bei der jetzigen Resolution werde die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sich der Stimme enthalten.

Herr Bongartz möchte wissen, wer Adressat dieser Resolution sei. **Herr Haase** schlägt vor, zunächst die Bundes-, die Landesregierung und die Bundesagentur für Arbeit anzuschreiben.

Herr Brinkmann spricht sich für den nachfolgend aufgeführten abweichenden Beschluss aus.

Abweichender Beschluss:

Der Rat beschließt über die als Anlage beigefügte Resolution.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 10 Vorlage 14/1833-00
Ernennung des Feuerwehrmannes Harald de Vries zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Emden-Larrelt

Beschluss: Der Feuerwehrmann Harald de Vries ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von sechs Jahren unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Emden-Larrelt zu ernennen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 11 Vorlage 14/1811-00
Nachtragshaushaltssatzung 2005

Herr Lutz erläutert die Vorlage 14/1811-00. Er geht insbesondere auf den Wirtschaftsplan des Optimierten Regiebetriebes Gebäudemanagement, z. B. die Schulfinanzierungen, und die Kassenkredite ein. Kassenkredite seien grundsätzlich genehmigungsfrei, sofern sie 1/6 der Haushaltssumme im Verwaltungshaushalt nicht überschreiten würden. Bis zum letzten Jahr seien nur Beträge benötigt worden, die deutlich unter dieser Regelung gelegen hätten.

Niederschrift Nr. 24 über die öffentliche Sitzung des Rates am 21.09.2005

Um auch noch in diesem Jahr im Bedarfsfall günstige Darlehen zu erhalten, bitte er innerhalb des Rahmens der genehmigungsfreien Kassenkredite um eine Erhöhung von 15 Mio. auf 18,8 Mio. €. Er weist darauf hin, dass der Nachtragshaushalt 2005 bereits mit der Kommunalaufsicht abgestimmt worden sei. Grundlage hierfür sei der genehmigte Haushalt 2005 und damit das Haushaltskonzept gewesen.

Herr Jahnke erklärt, dass die SPD-Fraktion der Nachtragshaushaltssatzung zustimmen werde. Er bemängelt das Nichtvorliegen des Schulbescheides des Landes Niedersachsen und ist der Meinung, dass hier gewisse Regionen bevorzugt würden. Für ihn sei es nicht nachvollziehbar, dass hier erhebliche Bundesmittel für die Schulen zur Verfügung gestellt würden und das Land Niedersachsen innerhalb von Monaten nicht in der Lage sei, dies an die entsprechenden Regionen weiter zu geben. Er wünsche sich Planungssicherheit.

Herr Ammersken begrüßt die Einstellung von 100.000,-- € für das Ganztagschulprogramm. Seine Fraktion sei dankbar, dass mit den Verpflichtungsermächtigungen ein deutliches Zeichen gesetzt werde. Sie hoffe auf einen zügigen Fördermittelbescheid des Landes. Er bedaure die Erhöhung der Kassenkredite von 15 auf 18,8 Mio. € und erinnert an die Berichterstattung im Ausschuss für Finanzen und innere Organisation, dass das Defizit im Jahre 2005 höher als erwartet ausfallen werde. Er hoffe für das Jahr 2007 auf eine Nettoneuverschuldung gegen „0“.

Herr Riese erklärt Herrn Jahnke, dass die Landesregierung im Auftrage des Bundes die eingehenden Anträge auf Ganztagschulfördermittel sehr sorgfältig behandle. In dem Antrag des JAG sei aufgeführt, dass das Gymnasium zukünftig mit der Schule Barenburg kooperieren wolle. Diese Bemerkung sei in dem Antrag der Schule Barenburg nicht enthalten. Auch eine Nachbesserung sei seitens dieser Schule nicht erfolgt. Er weist die Anschuldigungen an den zuständigen Minister, dass hier bestimmte Landstriche unterschiedlich positiv behandelt würden, zurück. Seines Erachtens handle das Land Niedersachsen klug, wenn es im einzelnen Förderbescheide noch zurückhalte.

Herr H. W. Janßen teilt mit, dass seine Fraktion trotz der Gefahr der Erhöhung der Kassenkredite der Vorlage zustimmen werde. Er finde es im Interesse des Bauprogramms sehr schade, dass die Bewilligungsbescheide immer noch nicht eingetroffen seien.

Herr Haase erklärt Herrn Riese, dass er es dreist finde, dem Rat das Verhalten der Landesregierung als Klugheit „verkaufen“ zu wollen. Seines Erachtens hätte Herr Riese das System nicht verstanden.

Herr Lutz stellt klar, dass der Antrag für das JAG vollständig und zum selben Zeitpunkt wie der Antrag des GAT eingereicht worden sei. Ca. 6 Monate vorher sei ein Antrag der Barenburgschule abgegeben worden. Der Antrag des JAG beinhalte eine geänderte Fassung des Antrages der Barenburgschule. Die Zusammenfassung sei damit gegeben. Er konnte schon seinerzeit nicht verstehen, warum das GAT und die Osterburgschule in der Internetdarstellung mit erfasst worden seien, während das JAG und die Barenburgschule komplett fehlten. Er weist darauf hin, dass alle Anträge im Land auf eine Förderfähigkeit in der richtigen Größenordnung überprüft würden. Er könne sich vorstellen, dass die Verzögerung aufgrund dessen zustande gekommen sei.

Herr Renken erklärt, seine Erwartungen an die Emdener Landtagsabgeordneten Riese und Haase beständen darin, dass beide mit aller Macht ihren Einfluss im Landtag geltend machen sollten, um die Zuwendungsbescheide möglichst bald und in voller Höhe zu erhalten. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei erfreut darüber, dass die Planungskosten für die Pestalozzischule und das JAG eingestellt würden. Er hoffe auf ein gutes Ergebnis auch für das zweite Gymnasium in Emden. Er weist darauf hin, dass Herr Lutz auch eine Refinanzierung über Gastschulgelder angesprochen hätte. Seine Fraktion sei froh, dass notwendige Schritte in der Richtung getan worden seien und diese offenbar auch von Erfolg „gekrönt“

Niederschrift Nr. 24 über die öffentliche Sitzung des Rates am 21.09.2005

seien. Zur Bearbeitung der Schulanträge bemerkt er, dass die 395 Mio. € des Landes Niedersachsen möglichst schnell an die Kommunen weitergereicht werden.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage 14/1811-00 als Anlage 1 beigefügte erste Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2005.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 12 Vorlage 14/1756-00
Eckdatenbeschluss für das Haushaltsjahr 2006/2007

Herr Dr. Kleinschmidt weist darauf hin, dass sich der Eckdatenbeschluss lediglich auf das Haushaltsjahr 2006 beziehe.

Herr Lutz erklärt, dass zur Zeit ein Haushaltsentwurf in der Bearbeitung sei, der am 12.10.2005 in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Innere Organisation vorgelegt werde. Er erinnert an die Zustimmung des Verwaltungsausschusses in seiner Sitzung am 11.07.2005 (TOP 4), aus Zeitgründen die Unterlagen der Vorlage T 14/1756-00 für die Herstellung des Haushaltsplanes nutzen zu dürfen und weist auf einige Änderungen hin (Bundtagswahl 2005, Schullastenausgleich)

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die als Anlage beigefügten Eckdaten zum Haushalt 2006.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 13 Vorlage 14/1778-00
Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben gemäß § 40 i. V. m. § 89 NGO

Herr Bongartz bemängelt die unter Ziff. 1 b, HHST 4550.7700 „Erziehung in Heimen/Jugendwohngemeinschaften aufgeführte überplanmäßige Ausgabe des Verwaltungshaushaltes in Höhe von 635.000,-- €. Die Ausgaben für die Unterbringung von schwer erziehbaren Jugendlichen würden damit 4 Mio. € jährlich übersteigen. Hinzu käme ein annähernd gleicher Betrag, der in Emden für die Problemkinder ausgegeben werde. Er fordert den Rat auf, sich in einem Ausschuss gesondert mit diesem Problem auseinander zu setzen. Außerdem beantrage die CDU-Fraktion die Durchführung eines Workshops mit den Ausschussmitgliedern. Er bittet den Ersten Stadtrat, die zur Verfügung gestellten Zahlen auch den anderen Fraktionen zukommen zu lassen.

Herr Brinkmann erklärt, dass sich mittlerweile alle Städte über dieses Problem beklagen und dieses nicht mit der Arbeitsweise des FB 600 zusammenhänge. Zwischenzeitlich sei mit dem Leiter des FB 600 eine externe Überprüfung der einzelnen Fälle vereinbart worden. Er schlägt vor, nach dieser Überprüfung im Jugendhilfeausschuss hierüber zu berichten. Die Anregung von Herrn Bongartz sei damit aufgenommen.

Herr Haase weist darauf hin, dass bei den Haushaltsberatungen schon bekannt gewesen sei, dass die Verwaltung mit dem Betrag nicht auskommen werde. Seines Erachtens sollten alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um die Kosten ohne Qualitätsverlust zu minimieren. Es könne nicht sein, dass gewisse „Billiganbieter“ ein Geschäftsfeld eröffneten, bei dem am Schluss ein großer gesellschaftlicher Schaden stände. Seines Erachtens sollte dieses The-

Niederschrift Nr. 24 über die öffentliche Sitzung des Rates am 21.09.2005

ma sehr intensiv auch mit dem zuständigen Fachdienst und Fachleuten diskutiert werden. Letztendlich handele es sich um ein Familien-, ein Wohnsituation-, ein Schul- und ein Präventionsproblem.

Herr Stolz ist ebenfalls der Meinung, dass der Betrag zu groß sei. Er finde die Biographien, die dahinter steckten, erschreckend. Immerhin handele es sich um Menschen, die eine völlig „verkorkste“ Laufbahn hinter sich hätten. Es müsste alles daran gesetzt werden, um die Probleme weitestgehend zu beseitigen. Ein wichtiger Aspekt seien die ersten Lebensjahre eines Kindes und die Schulzeit. Es sei ein entscheidender Fehler, Kinder „auszusortieren“ und damit ohne Ende zu frustrieren. Er spricht sich ebenfalls für eine Prävention aus.

Herr E. Bolinius begrüßt den Vorschlag von Herrn Brinkmann. **Herr Bongartz** pflichtet Herrn Stolz bei.

Herr Lutz meint, dass eine Diskussion über die Einsparungen bei den Kindern und Jugendlichen hier fehl am Platz sei. Er weist darauf hin, dass es im Jahre 2002 zu einer deutlichen Kostensteigerung für die stationären und ambulanten Einrichtungen gekommen sei. Danach seien die Kosten konstant geblieben. Nach Absprache mit Herrn Sprengelmeyer sei als Einsparvorgabe ein Betrag angesetzt worden, der um 16 – 17 % unterhalb des aus dem Vorjahr bekannten Ergebnisses liege. Dieser Betrag gehe voll zu Lasten eines erhöhten Defizites und müsse zukünftig wieder bezahlt werden.

Herr Riese teilt bezüglich des Defizites mit, dass er es fair fände, wenn der Rat über Entscheidungen solcher Art regelmäßig informiert werde. **Herr Lutz** erwidert, dass hierüber im Ausschuss für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice berichtet worden sei.

Herr Renken möchte wissen, warum der Betrag voll zu Lasten des Defizites des allgemeinen Haushaltes gehe, obwohl in der Vorlage 14/1778-00 aufgeführt sei, dass die Deckung der Mehrausgabe aus Mitteln des Fachbereichs 600 erfolge. Er wundere sich, dass es möglich sei, so einen hohen Betrag aus Mitteln des Fachbereiches zu decken.

Herr Lutz erläutert, dass die Stadt Emden aufgrund des Überganges des Emdener Hallenbades in die Wirtschaftsbetriebe Emden GmbH noch Gelder erwarten könne, die für die Deckung des Defizites verwandt werden könnten. In diesem Fall würden die Haushaltsstellen des FB 600 wieder „aufgefüllt“. Damit bräuchten keine großen Änderungen in den einzelnen Gruppen innerhalb des Haushaltes durchgeführt werden. Tatsächlich würde das Defizit bei einem Nichtvorhandensein der Mehrkosten erheblich sinken. Von daher ginge es zu Lasten des Defizites.

Es wird darauf hingewiesen, dass bei der Begründung zu Ziff. 1 a der Betrag für die HHST 2300.5310 „Gymnasium am Treckfahrtstief“ nicht korrekt aufgeführt sei. Es müsse heißen: 11.500,00 €

Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden stimmt für das Haushaltsjahr 2005 folgenden über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes zu:

1. Verwaltungshaushalt überplanmäßig:

- | | |
|---|--------------|
| a) Gruppierung 5310 – Miete Gebäudebetrieb - | 55.500,00 € |
| b) 4550.7700 Erziehung in Heimen/Jugendwohngemeinschaften | 635.000,00 € |

2. Verwaltungshaushalt außerplanmäßig

- | | |
|--|-------------|
| a) 3100.7182 Personalkostenzuschuss an die Kunst | 36.645,26 € |
|--|-------------|

Niederschrift Nr. 24 über die öffentliche Sitzung des Rates am 21.09.2005

3. Vermögenshaushalt überplanmäßig:

a) 8820.9640 Erschließung Industriepark Frisia 85.000,00 €

4. Vermögenshaushalt außerplanmäßig

a) 1100.9600 Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen 210.000,00 €

b) 2501.9551 Erneuerung Beleuchtung Turnhalle BBS II 62.000,00 €

c) 7500.9620 Neubau Friedhof Borssum 48.700,00 €

einstimmig

Punkt : 14 Vorlage 14/1808-00
Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Emden für das Geschäftsjahr 2004

(Herr Brinkmann, Frau Risius, Herr Mecklenburg, Herr Bongartz und Herr E. Bolinius nehmen an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.)

Beschluss: Gem. § 23 Abs. 3 NSpG wird beschlossen, dem Verwaltungsrat der Stadtparkasse Emden für das Geschäftsjahr 2004 Entlastung zu erteilen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 15 Vorlage 14/1842-00
Abschluss eines Verkehrsvertrages zwischen den Landkreisen Aurich, Friesland, Leer und Wittmund sowie den kreisfreien Städten Emden und Wilhelmshaven und dem Verkehrsverbund Ems-Jade

Ergebnis: Von der Verwaltung zurückgezogen

Punkt : 16 Vorlage 14/1767-00
Kooperationsvertrag zwischen der Stadt Emden und dem Arbeitskreis Historischer Schiffbau in Ostfriesland e.V. und der Ev. Luth. Kirche zur Durchführung des EU-Projektes "NorthSEAFaring"

Beschluss: Die Stadt Emden schließt den in der Anlage beigefügten Kooperationsvertrag für das obengenannte Projekt mit den bezeichneten Partnern.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 17 Vorlage 14/1820-00
Erlass einer Rechtsverordnung über die Öffnung der Verkaufsstellen anlässlich des „13. Emdener Museumstages“ am 30.10.2005

Beschluss: Die als Anlage der Vorlage 14-1820 beigefügte Rechtsverordnung über die Öffnung der Verkaufsstellen anlässlich des „13. Emdener Museumstages“ am 30.10.2005 wird beschlossen.

Niederschrift Nr. 24 über die öffentliche Sitzung des Rates am 21.09.2005

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 18 Vorlage 14/1822-00
Erlass einer Rechtsverordnung über die Öffnung der Verkaufsstellen anlässlich des Weihnachtsmarktes am Sonntag, dem 27.11.2005.

Beschluss: Die als Anlage der Vorlage 14-1822 beigefügte Rechtsverordnung über die Öffnung der Verkaufsstellen anlässlich des Weihnachtsmarktes am 27.11.2005 wird beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 19 Vorlage 14/1827-00
Feststellung des Jahresabschlusses sowie des Lageberichtes 2004 und Beschluss über die Behandlung des Jahresergebnisses 2004

Herr Renken bemerkt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Vorlage 14/1827-00 aufgrund der Eigenkapitalverzinsung (Ziff. 2 der Anlage 1) – wie im Vorjahr - nicht zustimmen werde. Er bemängelt, dass die seinerzeit im Rat zugesagte Beratung im letzten halben Jahr nicht geschehen sei und beantragt eine getrennte Abstimmung über die Ziffern 1 und 2.

Herr Bongartz stimmt den Ausführungen von Herrn Renken zu. Die CDU-Fraktion hätte festgestellt, dass die Eigenkapitalverzinsung im Vergleich zu anderen kreisfreien Städten in der Stadt Emden eine abweichende Höhe habe. Allerdings sei die Eigenkapitalverzinsung auch eine bedeutsame Einnahme. Wenn in der jetzigen Haushaltssituation die Eigenkapitalverzinsung „heruntergenommen“ würde, hätte dies ein Minus von ca. 400.000,- bis 600.000,- € zur Folge. Er schlägt vor, Ziff. 2 der Vorlage nicht umzusetzen und im Gegenzug die Abwassergebühren nicht zu erhöhen.

Herr Brinkmann erinnert an die Zusage der Verwaltung, in den Jahren 2006 und 2007 keine Erhöhungen in diesem Bereich vorzunehmen und weist darauf hin, dass eine Eigenkapitalverzinsung in dieser Höhe nichts Außergewöhnliches sei. Sie habe in den letzten Jahren zu einer konstanten Abwassergebühr geführt. Außerdem sei die Stadt Emden zur Zeit bei dem Bau von neuen Straßen finanziell stets zu einer Verlegung von Abwasserleitungen imstande.

Herr Jahnke bemängelt die Erwirtschaftung eines Defizites. Er erhoffe sich eine schwarze „Null“ in der Sparte.

Herr Melles erinnert an die ausführliche Diskussion im Werksausschuss des Bau- und Entsorgungsbetriebes. Er hätte sich damals der von Herrn Renken vorgetragene Kritik angeschlossen. Seines Erachtens müssten die zugesagten Gespräche auf jeden Fall noch stattfinden. Er bedankt sich im Namen der FDP-Fraktion bei der Geschäftsführung des BEE für die geleistete Arbeit. Seine Fraktion werde der Vorlage 14/1827-00 zustimmen.

Es wird vereinbart, über die Ziffer 1 und 2 getrennt abzustimmen.

a) Beschluss: Der Rat beschließt die der Vorlage 14/1827-00 beigefügte Anlage 1 (Ziffer 1).

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 24 über die öffentliche Sitzung des Rates am 21.09.2005

b) Beschluss: Der Rat beschließt die der Vorlage 14/1827-00 beigefügte Anlage 1 (Ziffer 2).

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Dafür: 036

Dagegen: 002

Enthalt.: 000

Punkt : 20 Vorlage 14/1828-00
Entlastung der Werksleitung des Bau- und Entsorgungsbetriebes Emden (Eigenbetrieb) für das Wirtschaftsjahr 2004

Beschluss: Der Werksleitung des Bau- und Entsorgungsbetriebes Emden (Eigenbetrieb) wird für das Wirtschaftsjahr 2004 die Entlastung erteilt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 21 Vorlage 14/1836-00
3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Emden (Abfallsatzung)

Herr Dr. Kleinschmidt verweist auf den in der Sitzung des Werksausschusses BEE am 07.09.2005 gefassten abweichenden Beschluss.

Beschluss: Der Rat beschließt die der Vorlage 14/1836-00 als Anlage beigefügte 3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Emden (Abfallsatzung).

In Artikel I, Nr. 7, letzter Satz werden die Worte „bei der Anlieferung“ durch die Worte „für die Anlieferung“ ersetzt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 22 Vorlage 14/1837-00
7. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abfallbeseitigung

Beschluss: Der Rat beschließt die der Vorlage 14/1837 als Anlage beigefügte 7. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abfallbeseitigung.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 23 Vorlage 14/1770-00
2. Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung der Stadt Emden

Niederschrift Nr. 24 über die öffentliche Sitzung des Rates am 21.09.2005

Herr Bongartz findet das Fahrradfahren auf dem Friedhof pietät- und rücksichtslos. Er meint, dass die meisten Leute aufgrund des kleinen, kaum lesbaren auf dem Friedhof angebrachten Schildes gar nicht von dem Verbot wüssten. Die CDU-Fraktion plädiere für ein deutlich lesbares Schild an den Eingängen des Friedhofs. Gleichzeitig sollte festgelegt werden, mit welchem Ordnungsgeld diese Ordnungswidrigkeit geahndet werden sollte.

Beschluss: Der Rat beschließt die der Vorlage 14/1770-00 als Anlage beigefügte 2. Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung der Stadt Emden.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 24 Vorlage 14/1771-00
Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Emden

Beschluss: Der Rat beschließt die als Anlage beigefügte Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Emden.

Ergebnis: einstimmig

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN/GRUPPEN

Punkt : 25 Vorlage 14/1849-00
Umbildung der 11er-Ausschüsse und des Verwaltungsausschusses aufgrund der Änderung der Niedersächsischen Gemeindeordnung vom 22.04.2005

Ergebnis: Von der Antragstellerin zurückgestellt

Punkt : 26 Vorlage 14/1854-00
Fortführung der Winterregelung in der Schülerbeförderung;
- Antrag der SPD-Fraktion vom 02.09.2005

Herr Mecklenburg erläutert, dass die seinerzeitigen Diskussionen im Schul-, im Verwaltungsausschuss und im Stadtelternrat dazu geführt hätten, dass die Winterregelung in der jetzt vorliegenden Form erhalten bleiben sollte. Er weist darauf hin, dass seit dem letzten Kompromiss bereits eine höhere Kostenbeteiligung der Eltern eingefordert worden sei. Außerdem sei die Winterregelung von 6 Monate auf 4 Monate verkürzt worden. Seines Erachtens gebe es viele gute Gründe (Schulwegsicherheit, dunkle Jahreszeit, noch nicht geräumte Fahrradwege) für die Winterregelung, an denen sich bis heute nichts geändert hätte. Entgegen anders lautenden Aussagen gebe es keine Einigung der Fraktionen in der Haushaltskonsolidierungskommission, diese Regelung abzuschaffen. Außerdem würde die Einsparung, die durch die Abschaffung der Winterregelung zustande käme, zu einem erhöhten Zuschussbedarf im öffentlichen Personennahverkehr führen. Zur Prüfung der sozialen Staffelung sei in der Vorlage 14/1854-00 mitgeteilt worden, dass die Einnahmen durch evtl. höhere Elternbeiträge in keinem Verhältnis zum zusätzlichen Prüfungsaufwand ständen. Die SPD-Fraktion beantrage daher, keine weitere Staffelung durchzuführen.

Her Lutz erklärt, dass die Winterregelung eine freiwillige Leistung der Stadt Emden sei. Bei folgenden Entfernungen würden seitens der Stadt Emden die Buskosten erstattet:

Niederschrift Nr. 24 über die öffentliche Sitzung des Rates am 21.09.2005

für Grundschülerinnen und Schüler	ab einer Entfernung von 2 km
für Schülerinnen und Schüler der Kl. 5 u. 6	ab einer Entfernung von 3 km
für Schülerinnen und Schüler der Kl. 7 – 10	ab einer Entfernung von 4 km

Die Stadt Emden liege mit diesen Zahlen im Rahmen dessen, was in den umliegenden Landkreisen und kreisfreien Städten vorgesehen sei. Die Winterregelung betreffe lediglich die Schülerinnen und Schüler ab den Jahrgangsstufen 5 und aufwärts sowie die der Berufsbildenden Schulen. Für die Grundschülerinnen und – schüler gebe es zur Sicherung des Schulweges Sonderbestimmungen, die vom jeweiligen Schulweg der Kinder abhängig seien. In der Winterregelung würden die Kosten übernommen, wenn die Entfernung 1 km weniger betrage (z. B. in den Klassen 5 – 6 ab einer Entfernung von 2 km).

Er könne nicht nachvollziehen, dass die Haushaltskonsolidierungsgruppe die Abschaffung der Winterregelung nicht beschlossen haben sollte. Er sei daher davon ausgegangen, dass der Ratsbeschluss über das Haushaltskonsolidierungskonzept am 27.04.2005 (TOP 16) Bestand habe. Mit dem Antrag der SPD-Fraktion v. 02.09.2005 würde der ursprüngliche Haushalt 2005 in Frage gesetzt.

Herr Odinga schließt sich den Ausführungen von Herrn Lutz an. Die CDU-Fraktion werde der Vorlage 14/1854-00 nicht zustimmen.

Herr Haase erinnert sich daran, dass der Punkt „Fortführung der Winterregelung in der Schülerbeförderung“ auf ausdrücklichen Wunsch der Haushaltskonsolidierungsgruppe zurückgestellt worden sei. Außerdem werde lediglich über 1 % der gesamten Schülerbeförderungskosten gesprochen. Er weist darauf hin, dass für Kinder, die in Gesamtschulen privater Trägerschaft untergebracht seien, ca. 12 – 14.000 € pro Jahr ausgegeben würden.

Herr Schaudinn meint, es sollte nicht vergessen werden, dass die Winterregelung mit einer Eigenbeteiligung der Eltern seit 1996 erfolgreich praktiziert werde. Die Eigenbeteiligung sei vor 2 Jahren von 6 auf 10 € monatlich erhöht worden. Eine weitere Anhebung der Elternbeteiligung wäre aus Sicht der FDP-Fraktion nicht mehr tragbar. Darüber hinaus könne eine Fahrt im Bus für Schülerinnen und Schüler in den Monaten November bis Februar im Rahmen der Schulwegsicherung nur gut geheißen werden. Die FDP-Fraktion werde den Antrag der SPD-Fraktion voll unterstützen. Zu den Ausführungen von Herrn Lutz erklärt er, dass er den Anlagen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes nicht eindeutig entnehmen könne, dass hier ein Beschluss der Haushaltskonsolidierung gefasst worden sei.

Herr H. W. Janßen bemängelt die Verfahrensweise in der Angelegenheit und die Fraglichkeit des Beschlusses. Er schlägt die Festlegung einer Verfahrensordnung vor, an die der Rat sich zukünftig halten könne. Seines Erachtens sei in der Haushaltskommission immer unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Fraktionen entschieden worden. Der Großteil der CDU-Fraktion werde dem Antrag mit der Maßgabe zustimmen, im ggf. Fall noch einmal auf die Sache zurückzukommen. Er kündigt an, bei weiteren unklaren Verhältnissen an den Sitzungen der Haushaltskonsolidierungsgruppe nicht mehr teilzunehmen.

Herr Mecklenburg bittet darum, zukünftig auch den Ratsmitgliedern, die der Haushaltskonsolidierungskommission nicht angehörten, die Protokolle zukommen zu lassen. Zu den Ausführungen von Herrn Lutz erklärt er, dass der Erste Stadtrat bei Bedenken der Landesbehörde bezüglich des Haushaltskonsolidierungskonzeptes darauf hinweisen könnte, dass die Kilometergrenze der Stadt Emden im Sek. I Bereich 1 km über dem des LK Aurich liege.

Herr Stolz erinnert an den Bewegungsbedarf der Kinder. Er spricht sich für eine möglichst hohe Kilometergrenze in der Winterregelung aus. Dies sei leider aus Sicht des ÖPNW nicht möglich. Seines Erachtens gäbe es kein schlechtes Wetter, sondern höchstens schlechte Kleidung. Er weist darauf hin, dass in Emden viel zur Radwegeverbesserung getan worden

Niederschrift Nr. 24 über die öffentliche Sitzung des Rates am 21.09.2005

sei und schlägt vor, im Winter die Radwege zu reinigen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde sich gegen die Vorlage 14/1854-00 aussprechen.

Herr Brinkmann stimmt es nachdenklich, dass sich einige nicht mehr an die Beschlussfassungen erinnern könnten. Er zitiert aus der Anlage der Vorlage 14/1684 „Haushaltskonsolidierungskonzept“ (Ziff. 26) und erinnert an den einstimmigen Beschluss in der Ratssitzung am 27.04.2005. Seines Erachtens sollte an dem Haushaltskonsolidierungskonzept festgehalten werden. Wenn der Rat sich in der Sache einen Fehler eingestehen würde, könnte er Verständnis für dessen Meinung aufbringen.

Herr Hannappel möchte wissen, ob die Stadt Emden zu dem von Herrn Haase angesprochenen Schülertransport zur Privatschule nach Veenhusen oder die Taxibeförderung zur nächsten Bushaltestelle gesetzlich verpflichtet sei und hierfür die Kosten zu übernehmen habe. Dies wird bestätigt.

Herr Renken ist erfreut über die seinerzeitige Verkürzung der Winterregelung von 6 auf 4 Monate. Er weist darauf hin, dass die Kosten für die Schülerbeförderung seit Einführung der Schulstrukturreform um 65.000,-- € gestiegen seien. Dies seien enorme Belastungen für den städtischen Haushalt, die die Verwaltung nicht zu verantworten habe. Er sei gespannt, wie standhaft die einzelnen Fraktionen bezüglich der Einsparungen im Jahr 2006 sein würden. Es könne nicht sein, dass jedem gestellten Antrag zugestimmt werde.

Herr E. Bolinius erkundigt sich, warum sein Ergänzungsantrag in dieser Sache heute nicht verteilt worden sei. Aus dem Antrag sei ersichtlich, dass die anderen Landkreise höhere Kilometergrenzen hätten. Er möchte wissen, warum die SPD-Fraktion bei der Klarheit des Beschlusses über das Haushaltskonsolidierungskonzept überhaupt noch einen Antrag zur Fortführung der Winterregelung in der Schülerbeförderung gestellt habe. Er lehnt die Abschaffung der Winterregelung zum Ende des Jahres 2005 ab. Anhand von Beispielen erklärt er, dass Beschlüsse der Haushaltskonsolidierungsgruppe auf Antrag einzelner Fraktionen durchaus noch geändert werden könnten. Die FDP-Fraktion werde für die Vorlage 14/1854-00 stimmen.

Herr Lutz verliest den Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion v. 12.09.05 und erinnert Herrn E. Bolinius an die Mitteilung der Verwaltung in der VA-Sitzung am gleichen Tage. Außerdem sei eine schriftliche Antwort an den Antragsteller gegangen. Er weist darauf hin, dass für ihn die Beschlüsse des Rates bei seinen Entscheidungen maßgebend seien.

Herr Schaudinn erinnert an die am 19.06.2002 herausgegebenen Einsparliste für freiwillige Leistungen über 6 Mio. €, in der von der Abschaffung der Winterregelung keine Rede gewesen sei. Ein halbes Jahr später hätte Herr Lutz Möglichkeiten zur Einsparung in der Schülerbeförderung angekündigt (z. B. die Staffelung von Unterrichtszeiten an Emdener Schulen). Seines Erachtens sei eine Einsparmöglichkeit in der Schülerbeförderung von Seiten der Verwaltung nicht eingehend untersucht worden. Er begrüße es, dass TOP 15, Vorlage 14/1842-00 „Abschluss eines Verkehrsvertrages“ von der heutigen TO genommen worden sei, der in einem ursächlichen Zusammenhang mit der Schülerbeförderung stehe.

Herr Ammersken erklärt, dass bei der Haushaltskonsolidierung zunächst bei den „Stärkeren“ eingespart werden sollte.

Herr Buisker schließt sich den Ausführungen von Herrn Brinkmann an. Er werde gegen die Vorlage 14/1854-00 stimmen.

Herr Woldmer appelliert an den Rat, auch die nicht der Haushaltskonsolidierungsgruppe angehörenden Ratsmitglieder zukünftig in den Fraktionen über die Sachverhalte zu informieren.

Niederschrift Nr. 24 über die öffentliche Sitzung des Rates am 21.09.2005

Herr Riese erwidert, dass er dem nicht zustimmen könne. In der FDP-Fraktion herrsche ein hervorragender Informationsfluss.

Herr Dr. Kleinschmidt teilt mit, dass über einen abweichenden Beschluss abgestimmt werde. Der 2. Satz des Beschlussvorschlages der Antragstellerin über die Prüfung einer sozialen Staffelung der Elternbeiträge entfalle.

Abweichender Beschluss:

Die Regelungen über den Schülertransport in Emden und der damit verbundenen Kosten werden entgegen der vermeintlichen Beschlussvorlage des Haushaltskonsolidierungskonzeptes wie in den Vorjahren fortgeführt.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Dafür: 030

Dagegen: 008

Enthalt.: 000

MITTEILUNGSVORLAGEN

Punkt : 27 Vorlage 14/1840-00
Änderung der NGO §5 a
Frauenbeauftragte/Förderung der Gleichberechtigung, Gleichstellungsauftragte

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 28 Vorlage 14/1777-00
Unterrichtung des Rates von der Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 2005

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 29 Vorlage 14/1841-01
Bekanntgabe einer Eilentscheidung gemäß § 66 NGO

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 30 mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Regenerative Energien

Herr Brinkmann nimmt Stellung zu der in der EZ v. 16.09.2005 geäußerten Kritik des Ratsmitgliedes Melles. Das FDP-Mitglied hatte Herrn Brinkmann vorgeworfen, dass er wider besseren Wissens und nur aufgrund des Wahlkampfes den Wirtschaftsminister verleumde. Er

Niederschrift Nr. 24 über die öffentliche Sitzung des Rates am 21.09.2005

teilt mit, dass ihm ein Gesprächsvermerk mit dem Wirtschaftsministerium über den Bau einer zweiten Windenergieanlage vorliege. Demnach sei aus Sicht des Landes der Hafen in Cuxhaven die erste Wahl für den Windenergie-Offshoreumschlag in Richtung Nordsee. Gleichwohl sehe das Land Niedersachsen Potentiale für den Emdener Hafen, wenn die Pläne für Cuxhaven ausgereift seien. Er fügt hinzu, dass die Genehmigung für die zweite Windenergieanlage „in Arbeit“ sei.

Herr Melles meint, er sei nicht für die Verbreitung irgendwelcher Unwahrheiten bekannt. Er sei immer bereit, sich für die Stadt Emden einzusetzen und wolle lediglich den Wirtschaftsminister schützen.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung